



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Internet: www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

Lambrecht: „Hohe Investitionen in Infrastruktur der Kommunen“

Rundschreiben an die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Kreis

Berlin/Viernheim, 28. Januar 2009 - Die Bergsträßer Bundestagsabgeordnete Christine Lambrecht (SPD) hat in einem Rundschreiben die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Landkreis Bergstraße über die vorgesehenen Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturpakets 2 zur Bekämpfung der Folgen der Finanzkrise informiert. Das Land Hessen erhält aus diesem Programm rund 955,9 Millionen Euro. In ihrem Schreiben erläuterte sie neben den generellen Vorhaben die einzelnen Maßnahmen, die besonders die Investitionen in Infrastruktur und Bildung betreffen. „Die Verantwortungsträger in den Kommunen brauchen jetzt rasch Planungssicherheit, für zusätzliche kommunale Investitionen in Bildung und Infrastruktur“, so Lambrecht in dem Schreiben, das als e-Mail versendet wurde. Zu ihrer Information erhielten die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Anhang an die Mail den Entwurf für ein „Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland“ und einen Entwurf für eine Verwaltungsvereinbarung.

Diese Maßnahmen sind im Einzelnen vorgesehen:

- Der Bund wird zusätzliche Investitionen der Kommunen im Umfang von 10 Mrd. Euro unterstützen. Es ist geplant, dass mindestens die Hälfte des Volumens noch im laufenden Jahr 2009 wirksam wird.
- Als Investitionsschwerpunkte sind die Bereiche Bildung und Infrastruktur vorgesehen. So wird der Bund z.B. die



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Internet: www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

energetische Sanierung von Schulen und Kindergärten fördern. Weitere 35 % der Finanzhilfen, also 3,5 Mrd. Euro, können für die Modernisierung der kommunalen Infrastruktur eingesetzt werden, insbesondere für Krankenhäuser (trägerneutral), Städtebau, ländliche Infrastruktur und die Lärmsanierung an kommunalen Straßen.

- Der Bund wird außerdem 2 Mrd. Euro für Ausbau und Erneuerung von Bundesverkehrswegen zusätzlich einsetzen (Straßen, Schienen, Wasserstraßen) und darüber hinaus rund 2 Mrd. Euro in Bauten, Ausrüstungen etc. des Bundes investieren.
- Es ist geplant, dass die Finanzhilfen des Bundes den Ländern auf unkompliziertem Weg unter dem „Gesamtdach“ des Kommunalen Investitionsprogramms (Gesetz mit konkretisierender Verwaltungsvereinbarung) zur Verfügung gestellt werden.
- Die Länder müssen dafür sorgen, dass die Mittel rasch vor Ort abgerufen werden können. Zusätzliche Investitionen sollen dabei gerade auch in den finanzschwachen Kommunen wirksam werden. Hierüber wird mit den Ländern eine Vereinbarung getroffen.
- Zur beschleunigten Umsetzung von Investitionen wird das Vergaberecht gelockert.

Lambrecht verwies darauf, dass jetzt gemeinsames Handeln aller Verantwortlichen nötig sei. „Es kommt jetzt darauf an, dass die einzelnen Ebenen - von der Kommune bis zum Bund ihren Aufgaben nachkommen und wir gemeinsam die Gefahren, die den Menschen in unserem Land drohen, abwenden“, appellierte Christine Lambrecht abschließend.